Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Dezember 2018 Nr. 12 · 14. Jahrgang

Gemeinsam geht es besser

Doppelspitze für Landtagswahlkampf: Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter

Der Vorstand der brandenburgischen LINKEN hat am ersten Wochenende im November 2018 die Landtagsabgeordnete Kathrin Dannenberg und den DGB-Regionalgeschäftsführer Sebastian Walter einstimmig als Spitzenkandidat*innen für die kommenden Landtagswahlen nominiert.

Kathrin Dannenberg lebt in Calau (Landkreis Oberspreewald-Lausitz) und ist seit 2009 Mitglied in der Partei DIE LINKE. Die Lehrerin für Sport und Geschichte ist seit 2014 als Abgeordnete im Landtag und bildungspolitische Sprecherin der Fraktion. Auf ihrem neuen Posten will sich die 52-jährige Mutter einer Tochter vor allem um die Themen Bildung und Soziales sowie um den ländlichen Raum kümmern. Dannenberg betonte, dass ihre Partei die SPD in der Koalition seit 2009 zu sozialen Verbesserungen getrieben habe. „Aber die Frage ist, ob es für die Menschen auch spürbar gewesen ist“, so die ehemalige Lehrerin für Geschichte und Sport. Der Slogan der Staatskanzlei „Es kann so einfach sein“ ... trifft aber nicht für alle Brandenburger*innen zu. Und deren Ängste und Probleme müsse man Ernst nehmen, sagte Dannenberg.

Sebastian Walter lebt in Eberswalde und ist seit 2006 Parteimitglied. Von 2014 bis 2018 war er stellvertretender Landesvorsitzender und ist seit diesem Jahr einfaches Mitglied im Vorstand der brandenburgischen LINKEN. Walter will sich vor allem um die Bereiche gute Arbeit und armutsfeste Rente kümmern. Der Gewerkschafter sieht sich aber auch als Ansprechpartner für die jungen Brandenburger.



Doppelspitze: Sebastian Walter und Kathrin Dannenberg vor dem Lothar-Bisky-Haus in Potsdam
© Foto: dpa/ Annette Riedl

Der 28-jährige erklärte in Potsdam, dass seine Partei ein „Sozialstaatsversprechen“ abgeben wolle. Bis 2025 soll demnach niemand in Brandenburg mehr Angst vor Altersarmut haben müssen, Kinder kein Armutsrisiko mehr darstellen und in allen Gemeinden des Landes die gleichen Zugänge für die Leistungen der Daseinsfürsorge möglich sein. Seine Partei wolle für den sozialen Zusammenhalt und gegen die Spaltung der Gesellschaft antreten, sagte der Eberswalder, der seit Oktober 2016 Regionalgeschäftsführer des DBG in Ostbrandenburg ist. Von diesem Posten will er sich ab Mai nächsten Jahres für die Zeit des Wahlkampfes beurlauben lassen.

Im Wahlkampf wollen sich die beiden Spitzenkandidat*innen den Abstiegs- und Zukunftsängsten der Brandenburger*innen widmen. „Soziale Gerechtigkeit soll für die Menschen hier nicht nur eine Worthülse sein“, sagte Walter. Seit dem Einzug in den Landtag habe seine Partei vieles erreicht, „aber das reicht uns nicht aus.“

Den besonderen Umstand, dass DIE LINKE nun mit gleich zwei Kandidat*innen an der Spitze in den Wahlkampf ziehen will, kommentierte die Landesvorsitzende Diana Golze: „Gemeinsam geht es eben besser.“

Die Landesvertreterversammlung der LINKEN soll Ende Januar die Landesliste für die Landtagswahlen mit Dannenberg auf Platz eins und Walter auf Platz zwei wählen. Der Landesvorstand will noch in diesem Herbst einen Vorschlag für die Besetzung der ersten zehn Listenplätze erarbeiten.

Demonstration gegen neues Polizeigesetz

Mehr als 2.000 Menschen folgten am 10. November 2018 dem Aufruf des Bündnis „Neues Polizeigesetz stoppen“ und demonstrierten in Potsdam gegen die von der Landesregierung geplante Verschärfung des Polizeigesetzes. Das Bündnis wird von über 50 Organisationen aus dem ganzen Land Brandenburg unterstützt. Auch die Linksjugend [solid] und der Kreisverband der LINKEN Potsdam riefen zur Teilnahme auf.

Anlass der Kritik sind die Ausweitungen präventiver Eingriffsbefugnisse der Polizei



unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung. So sollen zukünftig Verdächtige bis zu vier Wochen in Präventivhaft genommen, umfangreiche Meldeauflagen bei potentiellen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz erteilt werden, der Staatstrojaner bei Terrorverdacht zum Einsatz kommen und Handgranaten in das Waffenarsenal der Polizei aufgenommen werden.

Nach der ersten Lesung des Gesetzes im November, wird als nächstes im Januar eine Anhörung im Landtag stattfinden. Das Bündnis „Neues Polizeigesetz stoppen“ wird die Arbeit der Koalition weiterhin im Sinne der Wahrung von Grund- und Freiheitsrechten begleiten.

Roland Gehrmann
FOTO: meetingpoint potsdam/UJ

In dieser Ausgabe

2 LINKS INFORMIERT
Norbert Müller zu „Autoritarismus“/„Potsdam bekennt Farbe“

3 LINKS WÄHLEN
Nominierungsveranstaltungen der Kreisorganisation DIE LINKE.Potsdam

4 KALENDERBLÄTTER
Klimaschutz, 100 Jahre KPD und historische Termine

5 LINKS IM RATHAUS
Wechsel an der Rathausspitze/Energiepreise/ Kein Unterrichtsausfall durch Bombenentschärfung/Bebauungspläne für Brandenburger Vorstadt

6 7 LINKS IN STADT UND LAND
Interviewt: Hans Modrow/Kampf gegen Kinderarmut/Potsdamer Synagoge/Kleingärten erhalten/Start Seniorenheim/Bibliothek verbotener Bücher/Filmmuseum

8 LETZTE SEITE
Cuba si/Axel Schulz/ Tipps und Termine

Wir wünschen allen Potsdamer*innen und ihren Gästen viel Freude und Besinnlichkeit zu den Festtagen sowie einen „guten Rutsch“ ins neue Jahr 2019!

Der Kreisvorstand und die Stadtfraktion der Partei DIE LINKE.Potsdam/ Die Redaktion

Informationen der Redaktion

Die erste Ausgabe der „PaS“ erscheint nach dem ersten Wochenende im neuen Jahr. Redaktionsschluss ist jedoch schon am 18. Dezember 2018.

Autoritarismus – leider kein Thema von gestern

Ähnlich wie wir uns zurzeit manchmal fragen, wie so hohe Zustimmungswerte für menschenfeindliche Positionen und Parteien möglich sind, fragten sich dies Erich Fromm und andere Vertreter der sogenannten Frankfurter Schule zu Beginn der 30er Jahre. Dabei entstanden die Studien zum autoritären Charakter, welche nahelegten, dass auch der Sozialcharakter jedes Menschen einen nicht unerheblichen Einfluss auf den Hang zu autoritären Positionen habe.

In genauer dieser Tradition stehen



die seit 2002 regelmäßig von Leipziger Sozialforschern veröffentlichten Autoritarismus-Studien. Mit einem festen Fragenkatalog erheben sie nicht nur menschenfeindliche Einstellungsmuster, sondern auch die hinter ihnen liegenden Sozialcharaktere.

Die 2018er Studie trägt den Titel „Flucht ins Autoritäre“ und stellt genau diese fest: So stimmen immer mehr Menschen in Ost- und Westdeutschland ausländerfeindlichen und chauvinistischen Thesen zu oder vermeiden es, sich eindeutig von ihnen abzugrenzen. Mehr als ein Drittel aller Befragten stimmt bspw. der Aussage zu, dass Ausländer nur hierherkommen, um den Sozialstaat auszunutzen (Ost: 47,1 %, West: 32,7 %). Eindeutig antisemitische Aussagen erfahren im Vergleich zu Vorerhebungen zwar geringere Zustimmungswerte. Dafür verlagert sich der Hass auf andere Gruppen. So sind Vorurteile gegen Sinti und Roma genauso wie jene gegen Asylbewerber oder Muslime gestiegen und erreichen mitunter Zustimmungswerte jenseits der 60 Prozent.

Ähnlich wie schon für Fromm in den 30er werten die Forscher einen autoritär verfassten Sozialcharakter als ursächlich. Dieser folgt dem Motto: „nach oben buckeln, nach unten treten“ und das alles auf den Pfaden vermeintlicher Konventionen. Alles Abweichende wird aggressiv abgewertet und eine Sehnsucht nach Führern ist kaum zu verheimlichen.

Befördert wird dieser über eigene Ausgrenzungserfahrungen und ebenso autoritäre Erziehungsstile. Letzteres ist natürlich auch für mich als Kinder- und Jugendpolitiker ein Ausrufezeichen. Denn auch in unserem Bereich mehren sich die Rufe nach Schwarzer Pädagogik und hartem Durchgreifen bei abweichendem Verhalten. Wer früher ein kleines, armes Kind war, wird in dieser Logik ganz schnell zum Unruhe stiftendem Heranwachsenden, den es zu maßregeln gilt.



UNSER MANN IM BUNDESTAG
NORBERT MÜLLER DIE LINKE.

Die Antworten auf derlei Phänomene sind bekanntermaßen so vielfältig wie ihre Ausprägungen. Der Studie verdanken wir Einsicht und Beleg, dass es in der Prävention vor Rechtsextremismus eben auch um die Stärkung von Selbstwertgefühl und Mitbestimmungsrechten junger Menschen gehen muss.

Die Studie als Ganzes ist übrigens hier abrufbar:
http://home.uni-leipzig.de/decker/Flucht%20ins%20Autoritaere.pdf

Außerdem gibt es am 05. Dezember die Möglichkeit, den Hauptautor Oliver Decker in Potsdam zu sehen. Dort stellt er die Studie im Rahmen der Ringvorlesung „Populismus – Popkultur – Pädagogik“ vor. (18 Uhr, Friedenssaal im Großen Waisenhaus, Breite Straße 9a)

Symbolische Schalübergabe

Mike Schubert ist nicht nur der neue Oberbürgermeister, seit Anfang November 2018 ist er auch der neue Vorsitzende der Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“. Auf der Sitzung wurde ihm von Jann Jakobs der Bündnis-Schal symbolisch weitergereicht. Zugleich wurden mit dem AWO Bezirksverband, dem Fanfarenzug und den Stadtwerken neue Mitglieder aufgenommen. Insgesamt sind es nunmehr 45 Mitstreiter. Der offizielle Amtsantritt als OB und Vorsitzender des Bündnisses erfolgt am 28. November.

„Mein Engagement für eine weltoffene und tolerante Stadt war mir stets eine Herzensangelegenheit. Unsere Landeshauptstadt ist mit dem Bündnis ‚Potsdam! bekennt Farbe‘ auch zukünftig hervorragend aufgestellt. Mike Schubert wird die Aufgabe als Vorsitzender dieses Bündnisses mit der gleichen Hingabe ausfüllen wie ich. Ich wünsche ihm für diese Aufgabe viel Erfolg und langen Atem.“, blickt Jann Jakobs auf die Zeit als Bündnisvorsitzender zurück.



In der Sitzung wurde auch ein Entwurf neuer Handlungsleitlinien diskutiert, der in Zusammenarbeit mit dem Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam entstanden ist. Dabei geht es vor allem um die Themen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Stärkung der Demokratie.

IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; ***Kati Biesecke, Stefan Wollenberg,*** Vorsitzende. Zeppelinstraße 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: ***Bernd Martin*** (V.i.S.d.P.); ***H. Jo. Eggstein,*** Layout; ***Renate Frenz,*** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG

Potsdamer Direktkandidaten für Landtagswahlen nominiert

Große Dinge werfen ihre Schatten bekanntlich voraus. Gemeint ist damit das Superwahljahr, auf das wir zusteuern. Denn für unser Land heißt es im Mai des kommenden Jahres an die Wahlurnen zu treten für die Kommunal- und Europawahlen. Und schließlich wird am 1. September 2019 der Landtag gewählt.

Dementsprechend laufen die organisatorischen Mühlen für das Wahljahr 2019 bereits seit einiger Zeit auf Hochtouren. Ganz neben dem politischen Tagesgeschäft – 2018 wurde ja ein/e neue/r Oberbürgermeister*in gewählt – fasste der Kreisvorstand zu 2019 die entsprechenden Beschlüsse schon im Juli des zuende gehenden Jahres. So die zu den nötigen Nominierungsveranstaltungen für die Direktkandidaten in den uns betreffenden drei Wahlkreisen 19, 21 und 22.

Dementsprechend trafen sich Genoss*innen der Kreisorganisationen der Partei DIE LINKE aus Potsdam und aus Potsdam-Mittelmark aus dem Wahlkreis 19. Das betrifft die Gemeinden Schwielowsee und Werder an der Havel. Und aus Potsdam: Bornim, Bornstedt, Eiche, Fahrland, Golm, Groß Glienicke, Grube, Marquardt, Nedlitz, Neu Fahrland, Sacrow, Satzkorn und Uetz-Paaren. Tagungsort war am 17. November der „Alte Bahnhof“ in Golm. In diesem Wahlkreis stellten sich zwei Kandidaten dem Nominierungsvotum der Genoss*innen: Matthias Lack und Tina Lange. Bei der abschließenden Abstimmung konnte dann Tina Lange 25 Stimmen für sich erreichen. Matthias Lack erhielt nur 3. Damit war/ist Tina Lange als Direktkandidatin für den Wahlkreis 19 nominiert.

Einen wahren Sitzungsmarathon hatten die Potsdamer Genoss*innen eine Woche darauf am 24. November zu bewältigen. Ging es doch erstens darum die Direktkandidaten für die Wahlkreise 21 und 22 zu nominieren.

Für die beiden Wahlkreise traten jeweils eine Person an: Isabel Vandre (MdL) für den 21 und Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (Md) für den 22. Beide gehören dem Landtag an und konnten über ihr Wirken berichten. Ihre gute Arbeit wurde mit großer Zustimmung bei der Nominierung quittiert.

Und schließlich fand am gleichen Ort und Tag – in der Potsdamer Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule – eine Versammlung der in Potsdam wohnhaften Mitglieder der Partei DIE LINKE statt. Ziel dieser Versammlung war die Wahl der 12 Vertreter*innen für die Landesvertreter*innenversammlung DIE LINKE. LV Brandenburg für die Wahl der Landesliste der Partei DIE LINKE. LV Brandenburg zu den Wahlen zum 07. Brandenburger Landtag, sowie die Wahl der 4 Delegierten für die Vertreter*innenversammlung zur Wahl der Europaliste der LINKEN.

In seiner Begrüßung und quasi als Einstimmung hob der Kreisvorsitzende Stefan Wollenberg hervor: „Wir kämpfen hier in Potsdam um den Spitzenplatz im Land!“ Und er betonte dabei, dass z. B. die Stichwahlergebnisse für Martina Trauth im Oberbürgermeister*innen-Wahlkampf ein „großartiges Ergebnis“ darstellten, an das angeknüpft werden sollte. Sehr herzlich begrüßten Wollenberg und die anwesenden Genoss*innen Martina Trauth, die als Gast an der Veranstaltung teilnahm. In einem kurzen Redebeitrag bedankte sich Martina Trauth bei allen Genoss*innen für die Unterstützung im zurückliegende OB-Wahlkampf. Und Martina Trauth erhielt Beifall auf offener Szene als sie betonte: „DIE LINKE ist meine Heimat geworden!“

Herzlich begrüßter Gast – nominiertwar Martina Renner (MdB). Auch sie stimmte die Potsdamer Genoss*innen auf das kommende Wahljahr ein. „Da, wo wir an der Macht sind, geht es gerechter zu!“, betonte sie und unterstrich, dass DIE LINKE die „Partei der sozialen Gerechtigkeit“ sei.

Anita Tack (MdL) ließ in einem bewegenden Beitrag ihre politische Tätigkeit Revue passieren. Anita Tack erhielt herzlichen Beifall der anwesenden Genoss*innen (wir werden den Text in der ersten Ausgabe der „PaS“ in 2019 veröffentlichen).

Und schließlich wurden die anstehenden Wahlen (s.o.) erfolgreich absolviert. -bm



Glückwünsche für Dr. Scharfenberg – nominiert



Dank und Anerkennung für Martina Trauth



Isabel Vandre – nominiert



Matthias Lack – nicht nominiert



Tina Lange – nominiert



Martina Renner

Neuer Tarifvertrag: Erfolg für Beschäftigte im privaten Sicherheitsdienst

Zum Abschluss des neuen Tarifvertrages für Beschäftigte im privaten Sicherheitsdienst erklärt der arbeitsmarktpolitische Dr. Andreas Bernig: „Ich begrüße das Verhandlungsergebnis zwischen der Tarifgemeinschaft der Länder Berlin und Brandenburg sowie der Gewerkschaft Verdi. Das ist ein positives Signal für die rund 25.000 Beschäftigten der privaten Sicherheitsdienstleister.

Die neuen tariflichen Regelungen sehen in den kommenden zwei Jahren Lohnerhöhungen von bis zu rund 13 Prozent und eine Angleichung des Nachtzuschlages auf zehn Prozent vor. Für Auszubildende bedeutet das ein Plus von 100 Euro pro Jahr.

Damit liegt die neue Vergütung der unteren Lohngruppen deutlich über dem gesetzlichen Mindestlohn. Außerdem werden besondere Verantwortung und Fähigkeiten der Beschäftigten mehr honoriert.

Herr Scheuer scheut die Verantwortung zur Klärung des Dieselskandals

Nach der Absage von Verkehrsminister Scheuer ist der Dieselgipfel der EU geplatzt. **Dazu erklärt die verkehrspolitische Sprecherin Anita Tack:** „Man muss schon staunen über die phantasielose Ausrede des Verkehrsministers, der seine Absage zum Diesel-Gipfel der EU in Brüssel mit Terminschwierigkeiten begründet.“

„Dieses Verhalten gegenüber der EU wirft kein gutes Licht auf Deutschland als den größten europäischen Autohersteller. Der Wille, den Skandal aufzulösen und endlich zukunftsfähige Lösungen in der Autoindustrie zu finden, wird damit deutlich in Frage gestellt. Deutschland gewinnt damit sicher kein Ansehen in der EU, im Gegenteil. Es ist eine Offenbarung gegenüber den Autokonzernen, denen Herr Scheuer immer zu Diensten bleibt“, kritisiert Tack.

Die Fraktion DIE LINKE fordert endlich Konsequenz der Bundesregierung gegenüber den Autokonzernen zur Nachrüstung der Dieselautos mit Hardware. Hier gilt das Verursacherprinzip.

Wir erwarten, dass sich die Bundesregierung in der EU für einheitliche Regelungen zur Einhaltung der Emissionsgrenzwerte aller Autoproduzenten einsetzt.

Reichstag ohne Karl und Rosa

Union und AfD verhindern aktuelles KPD-Gedenken

Vom 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 fand der Gründungsparteitag der KPD als „Reichskonferenz des Spartakusbundes“ statt, der zur Trennung von der U.S.P.D. und zur Konstituierung einer selbstständigen Partei führte. Bereits am 30. Dezember 1918 wurde dort eine Resolution angenommen, die mit den Worten schloss: „Unter Lösung seiner organisatorischen Beziehungen zur U.S.P. konstituiert sich der Spartakusbund als selbständige politische Partei unter dem Namen: Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)“.

Am 15. Januar 1919, wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet. Ein Jahr später zog die am 30. Dezember 1918 gegründete KPD in den Reichstag ein, wo sie bis zum Verbot durch die Nazis 1933 vertreten war. Die KPD war Teil der Weimarer Demokratie und Ergebnis der Novemberrevolution in Deutschland, die für die Entwicklung des Landes zentrale Bedeutung hat. Eine kritische Würdigung dieses Teils der Parlamentsgeschichte Deutschlands sollte selbstverständlich sein. Dass die unheimliche Allianz aus einer geschichtsvergessenen Union und einer so antikommunistisch wie heuchlerisch agierenden AfD die Veranstaltung zum 100. Jahrestag in den Räumen des Bundestags verhindert haben, stellt einen einmaligen und unerhörten Vorgang der Parteien im Parlament dar, der hoffentlich keine Schule macht und schnellstmöglich korrigiert wird. Auch wenn die KPD kritisch zur Weimarer Demokratie und zum Parlamentarismus stand, war sie nicht per se undemokratisch sondern trat für die Rätedemokratie ein. Immerhin hat sie die Demokratie gegen den Kapp-Putsch verteidigt, während die Vorläufer der AfD und auch in Teilen der CDU diese Republik zerstören wollten.

Potsdamer Zukunftsvision?

Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts war die Potsdamer Atemluft noch rein. Eine Diskussion über Fahrverbote oder -einschränkungen in Städten fand nicht statt. Freilich war - folgt man den Ergebnissen einer Verkehrszählung in Potsdam vom 01. Juli 1935 - die Belastung der Potsdamer Atemluft durch Abgase schon spürbar. Denn immerhin waren in Potsdam - ohne die Fahrzeuge der Bahn und der Post - auf den Straßen der Stadt gezählt worden: 1.141 Personenkraftwagen, 877 Krafträder, 339 Lastkraftwagen und 30 Zugmaschinen.

Ein Redakteur der „Potsdamer Tageszeitung“ kam im Hinblick auf die mit Sicherheit wachsenden Zahlen auf eine pfiffige Idee, die 1933 als Aprilscherz veröffentlicht wurde:

„Der Firma Armand in Brüssel ist es gelungen, die gesundheitsschädlichen Auspuffgase der Autos in ungefährliche und lieblich duftende Wohlgerüche zu verwandeln. Eine winzige mit Chemikalien aller Art in das Auspuffrohr gesteckte Patrone bewirkt das Wunder. Gestern fuhr der erste so ausgerüstete Wagen durch Nowawes und erregte natürlich allgemeines Aufsehen, als man merkte, woher plötzlich der noch gar nicht zeitgemäße Fliederduft kam. Nun werden die geplagten Anwohner der Hauptverkehrsstraßen ihre Fenster nicht mehr hermetisch zu verschließen brauchen.“

Was wohl die Anwohner der Zeppelinstraße oder anderer wichtiger Verkehrsadern Potsdams dazu sagen würden? -*rt*

KALENDERBLÄTTER DEZEMBER

1763

Neuer Krieg und neues Unglück

Friedrich II. beendet am 17. Dezember seine Schrift über den Siebenjährigen Krieg; er beschließt sie mit den Worten: „Die Zeit – wird auch den Preußischen Staaten ihren ersten Glanz wiedergeben. Aber dann werden Ehrfürchtige neue Kriege erregen und neues Unglück verursachen, denn es ist dem Geiste des Menschen eigen, daß Beispiele Niemand bessern; die Thorheiten der Väter sind für ihre Kinder verloren; jede Generation muß ihre eigene begehen...“

1903

Städtische Straßenbahn

Potsdam übernimmt am 22. Dezember die Straßenbahngesellschaft in städtische Regie; damit sind die Weichen in Richtung Elektrifizierung gestellt

1918

Bürgel wird Nowaweser

Der Astronom und Schriftsteller Bruno H. Bürgel meldet sich 23. Dezember beim Arbeiter- und Soldatenrat in Nowawes. Damit wird er Bürger von Nowawes.

1918

Kronprinz verzichtet...

Der Kronprinz verzichtet am 1. Dezember auf die preußische Königs- und die deutsche Kaiserkrone; in der Urkunde heißt es: „Ich verzichte hiermit ausdrücklich und endgültig auf alle Rechte an der Krone Preußens und an der Kaiserkrone, die Mir, sei es auf Grund der Thronentsagung Seiner Majestät des Kaisers und Königs, sei es aus einem anderen Rechtsgrunde zustehen mögen.“

1943

Post aus Auschwitz

In einem Brief schreibt am 30. Dezember Antonia Stemmler aus dem Frauenlager Auschwitz II an ihre Schwester Emma Grunewald in Potsdam: „Meine liebe Schwester! Ich habe nun auf meinen November- und Dezemberbrief keine Antwort von Euch. Ich bin in großer Unruhe deswegen. Was ist geschehen? Schreibt mir doch. Mir ist lieber, ich weiß, wie es Euch geht als diese Ungewißheit. Zum neuen Jahr wünsche ich Euch alles Gute und hoffentlich bringt uns allen das neue Jahr den Frieden und uns ein ruhiges Leben wieder. Das Geld habe ich inzwischen quittiert und danke Euch herzlich dafür. Schreibt mir nur bald über Euer Wohlergehen„ Ich umarme Euch herzlich und bin mit vielen Grüßen und Küssen, Eure Toni.!”

1948

Neubauernmustergut vergeben

Die Umsiedlerfamilie Leschnewski erhält am 14. Dezember das Neubauernmustergut in den Nuthewiesen. Die Potsdamer Handwerkskammer hatte die Patenschaft über diesen Bau.

1953

Tanzwettbewerb, Ladenstraße und Weihnachtsmarkt

Im Pionierhaus am Neuen Garten findet am 6. Dezember ein Wettbewerb der Tanzgruppen Potsdamer Schulen statt. Als Sieger geht die Schule 39 hervor (Preis: eine Mandoline), den zweiten Platz (Preis: Stoff für neue Kostüme) belegt die Schule aus Bergholz-Rehbrücke.

Die Ladenstraße HO-Industriewaren Wilhelm-Pieck-Str./Friedrich-Ebert-Straße wird am 10. Dezember der Bevölkerung übergeben; sie war am 17. 06. 1953 angezündet und niedergebrannt worden

Die Eröffnung des Weihnachtsmarktes auf dem Platz der Nationen erfolgt am 15. Dezember. Es sind 10 Verkaufshäuschen der HO aufgebaut.

1963

Timur, Kindergarten und Weihnachtstafel

Die Timur-Trupps der Bruno-H.-Bürgel-Schule nehmen am 18. Dezember wieder ihre Arbeit zur winterlichen Betreuung von Rentnern auf. Den Trupps gehören 80 Junge Pioniere an. Renate Lüst und Regina Gudd aus der Klasse 7a versorgen wieder die Rentnerin Wierzoch in der Karl-Liebknecht-Straße.

Die Kreisgeschäftsstelle der Handwerkskammer Potsdam spendet am 11. Dezember 2.500,- DM an den Wohnbezirksauschuss 49. Die Spende stammt von Produktionsgenossenschaften des Handwerks, individuell arbeitenden Handwerksmeistern sowie von Mitarbeitern der Handwerkskammer. Das Geld dient dem Ausbau des neuen Kindergartens auf dem Kiewitt.

Eine „Bunte Weihnachtstafel“ der Oberbürgermeisterin Brunhilde Hanke für 400 Rentner wird am 19. Dezember im Klubhaus Lindenpark veranstaltet. Für die Unterhaltung sorgt das Orchester der IG Wismut Karl-Marx-Stadt unter der Leitung von Rolf Schellenberg.

Gute Zusammenarbeit zum Wohle unserer Stadt

Aus dem Grußwort von LINKEN-Fraktionschef Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg zur Amtseinführung von Oberbürgermeister Mike Schubert

Meine Damen und Herren, lieber Mike Schubert,

wenn mir vor 20 Jahren jemand gesagt hätte, dass ich mal ein Grußwort zur Amtseinführung von Oberbürgermeister Schubert halten würde, dann hätte ich den glatt für verrückt erklärt.

Aber man lernt im Leben immer dazu.

Ich habe Mike Schubert insbesondere in seiner Tätigkeit als forscher Stadtverordneter, später als ehrgeizigen Fraktionsvorsitzenden kennengelernt. Unser Verhältnis war allerdings, überlagert von den Bedingungen einer Rathauskooperation, mehr durch Streit als durch Zusammenarbeit gekennzeichnet.

Das änderte sich in der Zeit seiner Tätigkeit im Innenministerium.

Die Bewerbung von Mike Schubert als Sozialbeigeordneter wurde von der Linksfraktion offen und begründet abgelehnt. Wir haben aber auch akzeptiert, dass sich letztlich eine, wenn auch nur knappe Mehrheit für ihn gefunden hat.

Es ist anerkennenswert, dass er dieses verantwortungsvolle Amt überraschend gut ausgeübt hat. Da wir diesem Geschäftsbereich mit seinem sozialen Schwerpunkt in besonderer Weise nahe stehen, konnte er mit unserer kritisch konstruktiven Begleitung und Unterstützung rechnen.



Mike Schubert legt den Amtseid ab. *Foto: LHP/Stefan Schulz*

Als jetzt direkt gewählter Oberbürgermeister übernimmt Mike Schubert eine wachsende Stadt mit viel Potenzial. Das ist eine große Herausforderung und eine riesige Verantwortung. Mike Schubert kann dabei auf eine lange Erfahrung als Stadtverordneter zurückgreifen. Ich hoffe, dass er sich davon leiten lässt, eine faire, von gegenseitiger Verantwortung geprägte Zusammenarbeit mit allen Stadtverordneten zu suchen.

Ebenso hoffe ich, dass er in seinem neuen hohen Amt insbesondere die sozialen Probleme im Auge behält, die er als Sozialbeigeordneter unmittelbar erfahren konnte.

Potsdam ist eine reiche Stadt mit großen sozialen Gegensätzen, aber auch mit der Kraft zum sozialen Ausgleich.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wenn Sie diesen Weg gehen, werden Sie uns immer an der Seite haben, als kritisch- konstruktive Kraft und fairen Partner.

Ich wünsche Ihnen im Namen der Linksfraktion viel Kraft, immer ein realistisches Urteilsvermögen und ein starkes Nervenkostüm.

Auf eine gute Zusammenarbeit zum Wohle unserer Stadt.

Mike Schubert – Amtseinführung im Alten Rathaus

„Heute darf ich eines der schönsten politischen Ämter antreten, das ich mir vorstellen kann. Denn: Was kann es Schöneres geben, als Gegenwart und Zukunft der eigenen Heimatstadt gestalten zu dürfen?“, sagte Mike Schubert am 28. November 2018 im Alten Rathaus vor rund 200 Gästen. Als Nachfolger von Jann Jakobs übernimmt er nun dessen Amtsgeschäfte.

„Potsdam ist meine Heimatstadt. Hier bin ich aufgewachsen. Hier bin ich zur Schule gegangen. Hier habe ich mich verliebt und mit meiner Frau eine Familie gegründet“, so Schubert in seiner Antrittsrede weiter, der drei Themen als größte Herausforderungen der kommenden Jahre darstellte:

„Erstens geht es mir darum, einen Wachstumskonsens in der Stadtgesellschaft herzustellen, um den sozialen Zusammenhalt in Potsdam zu garantieren. Die zweite große Aufgabe besteht darin, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Institutionen unseres Gemeinwesens zu stärken. Und Zukunftsfähigkeit ist die dritte Aufgabe, die sich uns in den kommenden Jahren stellt. Die Wissensgesellschaft und die Digitalisierung sind die zentralen Herausforderungen.“

Aber auch das Thema Bürgerbeteiligung soll in Zukunft eine größere Rolle spielen: „Ich will ein Oberbürgermeister sein, der sich dem Dialog in der Stadt stellt und auf die Bürgerinnen und Bürger, Vereine und die Wirtschaft offen zugeht, zuhört, konkrete Lösungen mit ihnen erarbeitet und umsetzt. Ich bin zutiefst überzeugt, die konsequente Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stärkt das Vertrauen in demokratische Institutionen.“

Steigende Energiepreise sozial abfedern

Im nächsten Jahr werden sich in Potsdam die Preise für Strom, Gas und Fernwärme erhöhen. Der städtische Energieversorger EWP gibt damit veränderte externe Kosten, vor allem die erhöhten Rohstoffpreise weiter. Das hat auch zur Folge, dass sich für alle die Wohnnebenkosten erhöhen.

Das trifft vor allem einkommensschwache Haushalte. In diesem Zusammenhang knüpft die Linksfraktion an ihre frühere Initiative an, einen Sozialtarif für Energiepreise einzuführen. Mit einem Antrag fordert die Linksfraktion den Oberbürgermeister auf, in Absprache mit den Stadtwerken Vorschläge zu entwickeln, wie die Steigerung der Energiepreise durch geeignete Ausgleichsmaßnahmen für sozial benachteiligte Haushalte abgefangen werden kann. Es geht uns also darum, mit den Möglichkeiten der Stadt einen sozialen Ausgleich zu praktizieren, um Wohnen für alle bezahlbar zu gestalten. Die Vorschläge des Oberbürgermeisters sollen den Stadtverordneten im März 2019 vorgelegt werden.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Bebauungspläne für Brandenburger Vorstadt

Unser aktueller Antrag, Aufstellungsbeschlüsse für das Gebiet der Brandenburger Vorstadt zu erstellen folgt dem Ziel, endlich bauliche Verdichtungen in diesem Gebiet auf ein angemessenes Maß zu begrenzen. Planungsziele sind die Festsetzung eines verträglichen Maßes für bauliche Verdichtungen, der Schutz begrünter Innenhöfe und die Wahrung der städtebaulichen Qualität des Stadtteils. Die Verwaltung wird beauftragt, ausgehend von einer Gefahrenanalyse die Teilpläne in der Reihenfolge vorzubereiten, dass mit dem Bereich des höchsten Verdichtungsrisikos begonnen wird. Dabei ist sicherzustellen, dass die Höfe nicht zu eng bebaut werden und dass nur so viel ergänzende Bebauungen entstehen, wie deren notwendiger Stellplatzbedarf für KFZ und Fahrräder vollständig auf dem eigenen Grundstück sichergestellt werden können ohne Inanspruchnahme von Ablösebeträgen. Mehrfach wiederholt erhielten wir Kenntnis von Bauanträgen und Bauvorhaben, die u. E. das verträgliche Maß für sinnvolle Nachverdichtungen in der Brandenburger Vorstadt überschritten haben. Oft hat die Verwaltung ein Maximum an Bebauung erlaubt statt eines optimalen Maßes. Es kam zur Beeinträchtigung von Nachbarschaftsinteressen und zu Zuspitzungen des überaus angespannten Fehlbedarfes an KFZ-Stellplätzen in dem Stadtteil. Darum halten wir es für erforderlich, hier qualifizierte Festsetzungen mittels B-Plan zu erarbeiten, weil die bisherige Praxis mit § 34 Beurteilungen nicht geeignet war, die notwendigen Qualitäten zu sichern.

Ralf Jäkel



Zum Abschied gab es Geschenke für Jann Jacobs.

Jüdisches Leben in Potsdam

Zur symbolischen Grundsteinlegung für den Neubau einer Synagoge in Potsdam am 09. November 2018, erklärt die Potsdamer Landtagsabgeordnete und Sprecherin für Stadtentwicklungs- und Baupolitik der Fraktion DIE LINKE. Anita Tack: „80 Jahre nach den Novemberpogromen. Endlich wieder ein würdiger, sichtbarer Standort für jüdisches Leben in der Mitte Potsdams! Nicht nur aufgrund des Jahrestages der Novemberpogrome vor 80 Jahren, sondern vor allem mit Blick auf die wieder zunehmenden antisemitischen Einstellungen in der Bevölkerung und einem Erstarken rechtspopulistischer Kräfte, ist dieser Neubau ein wichtiges und längst überfälliges Zeichen.

Als damaliges Mitglied des Bauvereins Neue Synagoge Potsdam und Vorsitzende des Bauausschusses der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung habe ich mich u.a. an der Auswertung der europaweiten Ausschreibung des Projekts beteiligt. Der Wettbewerbssieger wurde zwar bereits vor 10 Jahren gekürt, aber nun scheinen endlich alle Debatten beendet und der symbolische Baubeginn möglich.

Kleingärten erhalten!

Zu der von der Berliner Immobilienfirma Tamax für Anfang November angekündigten Räumung von Kleingärten im Angergrund erklärt die Potsdamer Landtagsabgeordnete und Sprecherin für Stadtentwicklungspolitik der Fraktion DIE LINKE, Anita Tack: „Eine lebenswerte Stadt braucht innerstädtische Grünflächen, nicht nur Wohnungen! Ich erkläre mich solidarisch mit den Mitgliedern des Kleingartenvereins Angergrund in Potsdam-Babelsberg. In einer schnell wachsenden Stadt wie Potsdam muss sichergestellt werden, dass nicht nur die Belange von Immobilienfirmen und das Interesse an neuen Wohnungen, sondern auch die Anforderungen aller Bürger an eine lebenswerte Stadt, Berücksichtigung finden.

Kleingärten haben mehrere wichtige Funktionen im Stadtraum. Sie sind in erster Linie den Klimaschutz befördernde Grünflächen. Sie bieten außerdem Erholungs- und Rückzugsflächen für viele Stadtbewohner.

Platte oder Villa?

Im Gespräch mit Hans Modrow, ehemaliger Ministerpräsident der DDR

Sind die rechtsextremen Krawalle in Chemnitz Schuld der DDR?

Nur sehr bedingt. Die Abwicklung von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur der DDR hat bei vielen Menschen einen tiefen Frust hinterlassen. Es ist die Politik der Bundesregierung, die dazu geführt hat, dass eine Partei wie die AfD stark werden konnte. Das kann man nicht der DDR anlasten, die es seit fast 30 Jahren nicht mehr gibt.



Was würdest du z. B. einem 20jährigen jungen Mann aus den süddeutschen Raum heute uber die DDR erzählen.

Wenn heute die Bundesregierung aufrüstet und an Kriegen teilnimmt, dann sollte man sich daran erinnern, dass es eine Zeit gab, wo zwei deutsche Staaten existierten, deren Armeen nie an Kriegen beteiligt waren.

Du warst vom 13.November 1989 bis 12. April 1990 Ministerpräsident der DDR. Was ist deine stärkste Erinnerung an diese Zeit?

Der Oberkommandierende der Staaten des Warschauer Vertrages hat mir gegenüber deutlich gemacht, dass es keine gewalttätige Situation in der DDR geben dürfe, in der sich Warschauer Pakt oder NATO gezwungen gesehen hätten, militärisch einzugreifen. Ich kann für meine Regierung sagen, dass es eine solche Situation nicht gegeben hat.

Hat dir eigentlich mal jemand für diese Leistung gedankt? Immerhin gab es im Vereinigungsprozess keinen einzigen Toten.

Viele Menschen sprechen mich an und haben Respekt davor, was meine Regierung damals geleistet hat.

Am 30. Januar 1990 warst du in Moskau, um mit Gorbatschow über das weitere Vorgehen zu sprechen. Wurden deine Erwartungen erfüllt?

Ich habe einen 3-Stufen-Plan zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten vorgelegt. Als erste Stufe ging es um eine Vertragsgemeinschaft auf den Gebieten Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Die 2. Stufe sah eine Konföderation und die 3. Stufe einen gemeinsamen Bundesstaat vor. Wir beide vertraten die Auffassung, dass Deutschland nicht der NATO angehören sollte. Eine Woche später reiste der US-amerikanische Außenminister Baker nach Moskau und beide Seiten einigten sich darauf, dass eine militärische Neutralität nicht Bedingung für eine Vereinigung sein solle.

Deine Regierung hat das Treuhandgesetz beschlossen. Konntest du dir damals vorstellen, dass die Treuhand das Volkseigentum in kürzester Zeit verscherbeln würde?

Unser Gesetz war eindeutig: Es ging um die Wahrung des Volkseigentums. Nach den Wahlen beschloss die Regierung de Maiziere, dass die Privatisierung des volkseigenen Vermögens die Aufgabe der Treuhand sein solle. Das wäre mit meiner Regierung nicht passiert. Wir wollten unterschiedliche Eigentumsformen sichern. So haben wir z.B. Unternehmen, die 1972 verstaatlicht wurden, den Eigentümern zurückgegeben.

Was ist im Prozess der Deutschen Einheit falsch gelaufen?

Die Ostdeutschen sehen, dass in den zurückliegenden 28 Jahren viel geschehen ist. Städte wurden saniert und Straßen gebaut. Sie sehen aber auch, dass die Rentner fast noch 10 Jahre auf eine Rentenangleichung warten müssen. Sie sehen, dass Ostdeutsche in der Wissenschaft, in der Kultur und in der Verwaltung völlig unterdurchschnittlich vertreten sind und sie erleben, dass die Lebensleistungen der Ostdeutschen missachtet werden. Überall ist spürbar, dass Zweiheit und nicht Einheit entstanden ist. Als Ältestenrat der Partei haben wir auf dem Leipziger Parteitag vorgeschlagen, ein Zukunftsprojekt für Ostdeutschland zu entwickeln.

Was meinst du zur Bewegung „Aufstehen“?

Wenn DIE LINKE mit den Forderungen der Bewegung in den wesentlichen Fragen übereinstimmt, dann muss man doch mit dieser Bewegung reden und sie unterstützen. In Anbetracht des Rechtsrucks in unserer Gesellschaft, sollten wir eine kritische Distanz zu Menschen, die das gleiche wollen, nicht bekunden.

Hans, du lebtest in der DDR immer in der Platte und du lebst jetzt wieder in der Platte. Kennst du noch einen anderen ehemaligen Ministerpräsidenten, der so wohnt wie du oder anders gefragt, hast du etwas gegen Villen?

Man kann keine gute Politik machen, wenn man nicht mit den Menschen zusammenlebt, deren Interessen man vertreten will.

Das Interview führte Klaus Singer

Kampf gegen Kinderarmut: Niemanden zurücklassen!

Am 21. November 2018 fand in Cottbus der „Runde Tisch gegen Kinderarmut“ statt. Dazu erklärt die bildungspolitische Sprecherin der Linken im Landtag, Kathrin Dannenberg: „77.000 Kinder in Brandenburg sind durch Armut gefährdet. Obwohl ihre Zahl entgegen dem Bundestrend gesunken ist, bedeutet dies für 77.000 Kinder eine andere Kindheit, ein anderes Aufwachsen.

Um dies zu ändern, engagiert sich DIE LINKE seit Jahren im Bund wie im Land. Dazu gehört, auf Bundesebene endlich Hartz IV abzuschaffen, denn die Armut der Kinder ist immer auch die Armut der Eltern sowie die Einführung einer existenzsichernden Kindergrundsicherung.



In Brandenburg werden wir mit dem Doppelhaushalt 2019/20 weitere Mittel für die Bekämpfung von Kinderarmut beschließen. Ausgehend von den Ergebnissen des Runden Tisches sollen regionale und lokale Initiativen gezielt Alleinerziehende, sozial Benachteiligte sowie hilfesuchende Familien unterstützen: schnell, unkompliziert und gezielt wollen Rat und Unterstützung ermöglichen.“

Foto: Oliver Peters/Fotolia.de

Bauen geht auch anders in Potsdam

Aus dem Grußwort von Jana Schulze, Stadtverordnete DIE LINKE, zur Eröffnung der AZURIT Seniorenresidenz „Sternenblick“ am 16. November 2018

Mit Bewunderung muss ich mit meiner nunmehr 20jährigen Erfahrung als Stadtverordnete feststellen: Bauen in Potsdam geht auch anders. In rasanter Geschwindigkeit kann ein Projekt verwirklicht werden. Vom ersten Spatenstich bis heute ist nicht einmal ein Jahr vergangen. Und wenn auch nicht alles nach Plan lief, der Eröffnungstermin geriet nicht ins Wanken. Dafür möchte ich mich vor allem im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner ihres Hauses als Stadtverordnete herzlich bedanken.

Was wollen wir heute feiern?

Lassen Sie uns, und dass nicht nur am heutigen Tag, die Bewohner feiern. Sie haben in Ihrem Haus ein neues Zuhause gefunden. Alle können auf ein langes Leben mit viel Arbeit, mit manchen Sorgen und auch Entbehrungen zurückblicken. Sie haben einen angenehmen Lebensabend mehr als verdient. Sie, die Generation, die Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut hat, darf erwarten, dass die Gesellschaft ihnen einen angemessenen Rahmen für ihr Alter gewährt, dass sie sie mit allem versorgt, was sie brauchen. Hier im „Sternenblick“ finden sie neue Kontakte und Anregungen, hier finden sie Menschen, die sich um sie kümmern und sie in Würde altern lassen.

Lassen Sie uns heute die Mitarbeiter Ihres Hauses feiern. Alle Seniorinnen und Senioren, die hier wohnen, finden qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich Tag und Nacht um ihr Wohlbefinden kümmern vor. Die Betreuer sind mit allen körperlichen und auch seelischen Problemen älterer Menschen vertraut und immer ansprechbar. Sie leisten eine wertvolle Arbeit, die ihnen viel abfordert. Und damit meine ich nicht nur, dass ihre Tätigkeit oft körperlich anstrengend ist. Das Lächeln, das Sie, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausstrahlen, lässt Sie auch bei traurigen Ereignissen stark bleiben. Ihnen allen, die in unserem Sternenblick tätig sind, gilt unser gemeinsamer Dank!



Jana Schulze gratuliert dem AZURIT-Geschäftsführer Steffen Krakhardt

Und nicht zuletzt wollen wir heute auch an die Angehörigen der Bewohner denken. Sie liebe Angehörige, haben Ihre Mutti, Ihren Vati in „fremde“ Hände gegeben. Wie viel Vertrauen ist damit verbunden. Viele von Ihnen haben diesen Schritt lange überlegt, ja, auch lange vor sich her geschoben. Glauben Sie mir, ich weiß, wovon ich spreche. Gerade deshalb scheuen Sie sich nicht, mit einer auch noch so winzig erscheinenden Angelegenheit auf die Pflege- und Betreuungskräfte zuzugehen. Das persönliche Gespräch mit ihnen ist das Lebenselixier für Ihre Eltern.

Aus all diesen genannten Feiergründen bin ich froh, dass unser neues Haus nunmehr eröffnet werden kann. Ich wünsche der AZURIT-Gruppe ein stets gut ausgelastetes Haus, worüber ich mir aber keine Sorgen mache, sowie allen hier wohnenden Seniorinnen und Senioren, dass sie sich schnell einleben und noch lange wohl fühlen.

Bibliothek der Verbotenen Bücher Potsdam

zum 100. Geburtstag von Fritz Teppich

Seit 2010 gibt es den Verein „Fritz Teppich“ in der Landeshauptstadt, der sich mit dem Aufbau einer Bibliothek beschäftigt. In dieser Bibliothek sollen Bücher stehen, die während der Zeit des Faschismus verboten waren. Ergänzt werden sollen diese durch Biographien von Antifaschisten. Seit ein paar Jahren kann man die “Brandenburger Bibliothek der im Faschismus verbotenen Bücher” im Jugendzentrum „freiLand“ besuchen.

Der “Fritz Teppich Verein”, der den Namen des Spanienkämpfers und Kommunisten trägt, hatte quasi als Grundstock von diesem ca. 600 Bücher in spanischer und portugiesischer Sprache als Schenkung erhalten. Dies war jedoch dem Vereinsvorsitzenden Herbert Driebe noch zu wenig, um die Regale zu füllen, so dass er für Spenden von Büchern zu diesem Thema offen und dankbar ist.

Driebe vermutet, dass nach der Wende und auch danach viel weggeschmissen wurde, „weil die Kinder damit nichts anfangen konnten“. Das sei sehr schade. Wer etwas besitzt, das in die Sammlung passen könnte, und es abgeben möchte, soll sich bei Driebe melden. Der 63-Jährige übernimmt auch komplette Bibliotheken und sucht sich das Passende heraus.

Die Bibliothek ist zu regulären Öffnungszeiten zugänglich. Ziel des Vereins ist es, möglichst viele der einst verbotenen Bücher zugänglich zu machen. Auch mit aktuelleren Werken zu dieser Zeit will man einen Beitrag im Kampf gegen Rechts leisten.

Dieses Leitmotiv im Kopf feierten Vereinsmitglieder und Sympathisanten am November 2018 im „freiLand“ den 100. Geburtstag ihres Namensgebers Fritz Teppich.

Fritz Teppich, im Feuer der Novemberrevolution geboren, fand schon früh zur kommunistischen Jugendbewegung, kämpfte dann im Heer der Republik Spanien gegen den faschistischen Putsch. Dort erlebte er die Bombardierung von Guernika mit und ging dann auf abenteuerlichen Wegen nach Portugal.

Nach dem Krieg entschied er sich bewusst für die DDR, blieb in Westberlin wohnen und arbeitete aktiv in der Friedensbewegung.

Der Dezember 2018 im Filmmuseum

Die Ausstellung MÄCHTIG GEWALTIG! Die Olsenbande kommt nach Potsdam (bis 17.2.2019) wird von einem umfangreichen Programm aus Filmen und Veranstaltungen begleitet.

Die Ausstellung »Metamorphosen – Lutz Dammbeck« (bis 10.3.2019) zeigt Entwürfe, Zeichnungen und Figurinen zu Dammbecks Animationsfilmen sowie Materialien zu seinen Experimentalfilmen und Medien-Collagen. Eine Reihe mit Filmen Lutz Dammbecks begleitet die Ausstellung.

Die Filme des sowjetisch-armenischen Regisseurs Sergey Parajanov gehören zu den bildmächtigsten und poetischsten innerhalb des filmgeschichtlichen Kanons. Als Maler und Bildhauer ist Parajanov bislang weniger bekannt. Erstmals vermittelt eine Ausstellung in Deutschland einen Eindruck von Parajanovs Bildwerken. Die Ausstellung »Sergey Parajanov – Kunst ohne Grenzen« wird am 1.12. mit einem Klaviertheaterstück von Lusine Khachatryan eröffnet. Die Ausstellung läuft bis zum 6. Januar 2019.

Am 5.12. wird die Buchpräsentation »Bilder der Allmacht – Die Staatssicherheit in Film und Fernsehen« (Hg. Andreas Kötzing) Andreas Dresens Filmen »Das zweite Leben des Herrn Kreins« und »Gundermann« flankiert. Die DVD-Premiere von »Hunger in Waldenburg« (Edition Filmmuseum Potsdam, Hg. Guido Altendorf) findet am 6.12. in Anwesenheit von Gästen statt.

Aus Anlass der Durchsetzung des Frauenstimmrechtes vor 100 Jahren lädt das Filmmuseum Potsdam zu einer Filmreihe und einer Politisch-literarisch-filmischen Revue (16.12.) ein. Hinweisen möchten wir außerdem auf unsere Stummfilme mit Livemusik: »Ums tägliche Brot« (6.12. Livemusik: Cordula Heth), »Die Liebe der Jeanne Ney« (15.12., Livemusik: Gabriel Thibaudeau), »Madame Dubarry« (27.12., Livemusik: Peter Gotthardt), »Das Cabinet des Dr. Caligari« (28.12., Livemusik: Peter Gotthardt), »Orlacs Hände« (28.12., Livemusik: Peter Gotthardt).

Und schließlich können sich Familien auf ein weihnachtliches Kinderfilmprogramm freuen – wie über den Klassiker „Weihnachtsgans Auguste“ (FOTO), der am 23.12.2018 läuft.

Mehr: www.filmmuseum-potsdam.de

Solidarische Hilfe für kleine Patienten



Ein kleiner Patient in der Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“ (Bildquelle: Cuba Sí)

In der Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“ in Havanna kommen jährlich rund 4000 Kinder zur Welt. Die Intensivstation dieser Klinik ist von nationaler Bedeutung: Hier können Neugeborene mit einem Geburtsgewicht von weniger als 1500 Gramm sowie Säuglinge von Müttern mit bestimmten Vorerkrankungen behandelt werden. Die Intensivstation spielt damit eine wichtige Rolle in dem Bestreben, die Säuglingssterblichkeit in Kuba weiter zu senken. Sie liegt derzeit bei 4,0 pro Tausend Lebendgeburten – ein Spitzenwert in Lateinamerika und vergleichbar mit den Werten in der EU.

Die gute und vor allem kostenfreie medizinische Versorgung in Kuba ist eine der großen Errungenschaften der kubanischen Revolution. Insbesondere den Kleinsten wird in Kuba große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Regierung Kubas betrachtet den freien Zugang zu einer umfassenden medizinischen Versorgung als eines der fundamentalen Menschenrechte.

Aufgrund der seit über 50 Jahre währenden Blockade durch die USA ist es für Kuba nach wie vor sehr schwierig, hochwertige Medizintechnik auf dem internationalen Markt direkt zu kaufen. In den Blockadegesetzen der USA ist unter anderem festgeschrieben, dass Geräte, die mehr als 10 Prozent US-amerikanische Komponenten enthalten, nicht nach Kuba verkauft werden dürfen. Viele medizinische Geräte in der Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“ sind heute deshalb veraltet oder defekt.

Cuba Sí will helfen. Mit finanziellen Spenden sollen unter anderem ein Ultraschallgerät, Beatmungsgeräte und Inkubatoren für die Geburtsklinik in Havanna gekauft werden. Schon im Mai dieses Jahres konnten die Cuba Sí-Mitstreiter einen ersten Solidaritätscontainer mit Medizintechnik und medizinischem Verbrauchsmaterial auf die Reise nach Kuba schicken.

Bitte unterstützen auch Sie unsere Solidaritätsaktion für die kleinen Patienten in Havanna.

Spendenkonto: DIE LINKE/Cuba Si

IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10 BIC/SWIFT-Code: BE LA DE BE XXX

Verwendungszweck: Kuba muss überleben

Weitere Informationen zur Solidaritätsarbeit von Cuba Sí unter: unter www.cuba-si.org



Amtszeit des ersten „Brandenburger Bierbotschafters“ endet April 2019

Die Amtszeit der Boxlegende Axel Schulz (50) als erster Bierbotschafter des Landes Brandenburg ist im April 2019 beendet. Er wurde vom Verein zur Förderung Brandenburger Klein- und Gasthausbrauereien und regionaler Infrastrukturen e.V. dazu berufen und man darf gespannt sein, wer dann folgt.

Der Bierbotschafter bewirbt die 17 Brauereien des Landes, die allesamt an der „Brandenburger Bierstraße“ zu finden sind.

Text/©Foto: Lutz Gagsch

SUDOKU

2	8	6	7	9	5	1	3	4
4	9	7	1	6	3	8	2	5
1	3	5	4	8	2	7	6	9
8	5	2	9	3	1	4	7	6
9	6	3	5	4	7	2	1	8
7	4	1	8	2	6	9	5	3
6	7	9	3	1	4	5	8	2
5	2	8	6	7	9	3	4	1
3	1	4	2	5	8	6	9	7

Auflösung November

2	8	6	7	9	5	1	3	4
4	9	7	1	6	3	8	2	5
1	3	5	4	8	2	7	6	9
8	5	2	9	3	1	4	7	6
9	6	3	5	4	7	2	1	8
7	4	1	8	2	6	9	5	3
6	7	9	3	1	4	5	8	2
5	2	8	6	7	9	3	4	1
3	1	4	2	5	8	6	9	7

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine •

Donnerstag, 6. Dezember
18.00 – 20.00 Uhr, RLS Dortustr. 53: „Wer darf im Öl baden?“ Angola: Bilder einer gespaltenen Gesellschaft. Bildgestützter Vortrag und Diskussion mit Matthias Krauß (Journalist und Autor) über die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Angola.

Freitag, 7. Dezember
19.00 – 21.00 Uhr, RLS – „freiLand“/Haus 2: Materialistische Staatskritik – ein Überblick. Gesellschaftstheorie, Marx 200. Vortrag und Diskussion mit Moritz Zeiler (Historiker, Politikwissenschaftler und Autor) über zentrale Thesen und Analysen marxistischer Theorie zum Staat bei Marx, Engels, Lenin, Gramsci, Althusser, Poulantzas, Paschukanis, Agnoli, Hirsch, Holloway u.a.

Sonnabend, 8. Dezember
10.30 – 18.30 Uhr, RLS – „freiLand“/Haus 2: Einführung in die materialistische Staatskritik. Lektüre-Seminar mit Moritz Zeiler (Historiker, Politikwissenschaftler und Autor) insbesondere zur Staatskritik bei Paschukanis, verschiedenen Arbeiten der Neuen Linken wie Agnoli und Holloway sowie Fraenkels Analyse der nationalsozialistischen Herrschaft als Doppelstaat. Moritz Zeiler hat Geschichte und Politikwissenschaften studiert. Veröffentlichungen: Materialistische Staatskritik. Eine Einführung, Stuttgart 2017 sowie zusammen mit associazione delle talpe Herausgabe der Textsammlung Staatsfragen. Einführungen in die materialistische Staatskritik, Berlin 2009. Aus organisatorischen Gründen (Bereitstellung eines Readers usw.) ist für das Seminar eine Anmeldung wichtig: info@bbg-rls.de

Montag, 10. Dezember
18.00 – 20.00 Uhr, RLS - Filmmuseum Potsdam Marstall / Breite Str. 1a: Vorführung des Dokumentarfilms „Lehrer am Limit“ (von Jana Lindner, ZDF-37Grad, Deutschland 2018, 29 min.) mit anschließender Gesprächsrunde mit Dr. Mathias Iffert (Leiter des Studienseminars Potsdam), Prof. Dr. Karin Salzberg-Ludwig (Bereich Inklusion und Organisationsentwicklung an der Universität Potsdam), Christiane Zeiger (Schulleiterin der inklusiven Grund- und Oberschule Calau) und Kathrin Dannenberg, MdL (Bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg) in Kooperation mit dem Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung der Universität Potsdam. Nach der Filmvorführung wird in einer Gesprächsrunde über die konkreten Bedingungen an Brandenburger Schulen diskutiert und danach gefragt, wie die Lehrerbildung und auch die Seiteneinsteigerqualifizierung auf die Herausforderungen in unseren Schulen vorbereitet. Was muss sich vielleicht auch ändern? Welche Bedingungen brauchen wir in unseren Schulen, damit Lehrkräfte erfolgreich arbeiten können?

Mittwoch, 12. Dezember
10.00 Uhr, Bürgerhaus „Stern*Zeichen: Schuldnerberatung & Hartz IV-Beratung

Donnerstag, 13. Dezember
18.00 – 20.00 Uhr, RLS – Fritz-Teppich-Bibliothek im „freiLand“: Digitalisierung und Arbeitsrecht - Vortrag und Diskussion mit Donald Gärtner, eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Gesprächskreis „Arbeitsgesetzbuch“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dienstag,18. Dezember
19.00 – 22.00 Uhr, RLS – Schule des Zweiten Bildungsweges “Heinrich von Kleist”, Friedrich-Ebert-Str. 17, 14467 Potsdam: Iuventa. Seenotrettung – Ein Akt der Menschlichkeit. Dokumentarfilm über die NGO Jugend rettet e.V. & Gespräch. Regie: Michele Cinque, 86 min. in Kooperation mit der Schule des zweiten Bildungswegs „Heinrich von Kleist“.

Mittwoch, 19. Dezember
10.00 Uhr, Bürgerhaus Stern*Zeichen: Schuldnerberatung & Hartz IV-Beratung.